



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 124. Ratssitzung vom 12. Dezember 2024

### Gemeinsame Behandlung der Weisung GR Nr. 2024/421, Anträge 079., 080. und Postulat GR Nr. 2024/540

Gemeinsame Behandlung der Anträge 079., 080. und 081. (Postulat GR Nr. 2024/540).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Dr. Balz Bürgisser (Grüne)** begründet den Antrag der Mehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4003/2024): Die Grünen haben eine Vision einer inklusiven Volksschule. Es soll eine Schule für alle sein, die sich den individuellen Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen anpasst. Eine Schule, die Bildungsgerechtigkeit und hohe Bildungschancen für alle Kinder gewährleistet. Das ist unser Leitstern. Leider sind diese Leitideen in der heutigen integrativen Schule mangelhaft umgesetzt, weil Ressourcen fehlen. Integration ist eine Vorstufe zur Inklusion. Deshalb soll die integrative Schule verbessert und kontinuierlich zur inklusiven Schule weiterentwickelt werden. Dafür braucht es Ressourcen, qualifiziertes Personal und unterstützende räumliche und pädagogische Strukturen. Konkret braucht es beispielsweise pädagogische Auszeitstrukturen wie Schulinseln oder Lernoasen. Dabei handelt es sich um niederschwellig zugängliche Rückzugsorte innerhalb der Schule. Sie bieten temporär vielfältige und individuelle Unterstützungen für Schüler\*innen und entlasten Lehrpersonen. Kinder und Jugendliche mit herausforderndem Verhalten können auf der Schulinsel zur Ruhe kommen. Sie werden dort von einer qualifizierten Person aufgefangen, betreut und beim Lernen begleitet. Sobald die akute Krisensituation deeskaliert und bewältigt ist – das kann nach ein paar Stunden oder Tagen sein –, nehmen die Kinder wieder am Unterricht in der Klasse teil. Zwei weitere Beispiele für pädagogische Strukturen auf dem Weg zur inklusiven Schule sind das Programm «Stay in School» im Schulkreis Glatttal. Dabei handelt es sich um ein Präventions- und Interventionsprogramm unter dem Motto «Wir geben dich nicht auf. Du bleibst bei uns». Das zweite Beispiel ist das Angebot «Familienklasse» im Schulkreis Limmattal. Dieses bezieht die Eltern mit ein und bietet die Chance auf positive Veränderungen in der Schule und zuhause. Zudem leistet es solidarische Unterstützung in schwierigen Situationen. Diese aktuellen Projekte sind Meilensteine auf dem Weg zur inklusiven Schule. Die Angebote dienen sowohl der Entlastung von Lehrpersonen und Klassenverbänden, als auch der guten Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Es soll möglich sein, solche und ähnliche Strukturen einzurichten, ohne Ressourcen von Deutsch als Zweitsprache, von der Integrativen Förderung oder Begabtenförderung ab-



*zuziehen. Schulkreise und Schulen, die Bedarf anmelden, sollen unkompliziert genügend Ressourcen erhalten. Die kommunalen Ressourcen sollen durch allfällige kantonale ergänzt werden. Kantonale Ressourcen stehen allerdings – wenn überhaupt – erst in ein paar Jahren für den sogenannten erweiterten Lernraum zur Verfügung. So lange wollen wir in der Stadt nicht warten. Zum Wohl der Kinder und unserer Gesellschaft.*

**Përparim Avdili (FDP):** *Die Grünen haben eine Vision. Ich hoffe, sie haben nicht mehr als eine, sonst müsste man – ganz nach Helmut Schmidt – irgendwann zum Arzt. Aber es geht hier nicht um eine Vision, sondern darum, wie man konkret mit unseren Kindern in den Schulen umgeht. Es besteht kein Mangel an Ressourcen für pädagogische Strukturen. Wir haben mit dem inklusiven Kopf-durch-die-Wand-Ansatz vor allem ein systematisches Problem. Mit noch mehr Ressourcen könnte man vielleicht zur Inklusion zusätzlicher Angestellter beitragen, aber den Kindern würde es nicht helfen. Es überfordert sie, schafft Chaos für die Lehrpersonen und Frust für die Eltern.*

**Yasmine Bourgeois (FDP)** *stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Unsere Schulen leiden unter der Last des integrativen Schulsystems. Die Lehrerinnen und Lehrer können ihre Aufgaben an den Schulen nicht mehr befriedigend wahrnehmen. In diesem Punkt sind wir uns einig. Die Lehrerinnen und Lehrer sind ausgebrannt und die Kinder leiden. Eigentlich kommt niemand mehr auf seine Kosten. In ihrem Vorstoss verlangen die Grünen etwas, das viele Schulen längst selber eingerichtet haben. Sie wollen einfach mehr Ressourcen dafür. Lerninseln sind leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Sie lösen die grossen Probleme nicht wirklich. Zu den Problemen können sie beispielsweise die Umfragen des Schweizerischen Lehrerverbands oder des Basler Lehrerverbands konsultieren. Wir haben zu viel Administrations- und Koordinationsaufwand. Dazu gehören in der Stadt Zürich die vielen Sitzungen und Austauschgespräche mit unendlich viel Stütz- und Förderpersonal. Wir haben zu heterogene Klassen, zu viel Unruhe in den Klassen und zu wenig Zeit, um allen Kindern gerecht zu werden. Diese Hauptprobleme löst man weder mit Lerninseln noch mit mehr Personal. Denn je mehr Stützpersonal, desto mehr Koordinationsaufwand, desto mehr Unruhe in den Klassenzimmern und desto schwächere Lernbeziehungen. Klassenlehrpersonen werden sogar noch mehr Koordinationsaufwand haben, aber gleich viel Unruhe und gleich viele Elterngespräche. Das Einzige, das sie ein bisschen entlastet, ist, dass ein Kind, das mehr Aufmerksamkeit braucht, diese temporär von jemand anderem bekommt. Aber mit dieser Lösung werden die Kinder hin- und hergeschoben. Dabei brauchen genau diese Kinder Struktur und Stabilität. Die Grünen erwähnen im Postulat das Programm «Stay in School». Dabei handelt es sich um ein Präventions- und Interventionsprogramm sowie ein Werte- und Haltungsprogramm unter dem Motto «Wir geben dich nicht auf. Du bleibst bei uns». Löst man mit einer Haltung irgendein Problem? Ich persönlich habe die Haltung, dass jedes Kind – egal welche Kompetenzen es hat und an welchem Ort es lerntechnisch steht – die bestmögliche Förderung erhalten soll. Aber löst meine Haltung ein Problem? Und schauen Sie sich mal den diskriminierenden Titel dieses Programms an. Übersetzt heisst das doch: Du hast Probleme, aber wir wollen dich trotzdem. Deshalb schieben wird dich immer mal wieder von deiner Klasse und*



*Stammgruppe in die Lerninsel oder – wie die Grünen es in ihrem Vorstoss benennen – in die Tankstelle ab. Merken Sie eigentlich, wie diskriminierend das ist? Bei den woken Diskussionen im Rat sprechen Sie davon, dass es wichtig sei, wie etwas ankomme und nicht, was es wirklich bedeute. Vielleicht müssen Sie bei Ihren Botschaften beginnen. Diese landen nämlich direkt beim Kind, dass sie nicht so gut wie Erwachsene einordnen kann. Die FDP will echte Lösungen und stabile Lernbeziehungen – kein Hin und Her.*

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Tamara Bosshardt (SP):** *Im Jahr 2005 wurde das neue Volksschulgesetz in Zürich mit über 70 Prozent angenommen. Damit sprach sich die Stimmbevölkerung klar dafür aus, dass alle Kinder und Jugendlichen mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen und Fähigkeiten möglichst gemeinsam in der Regelklasse unterrichtet werden. Der integrative Ansatz stärkt die Chancengerechtigkeit. Die SP setzt sich für eine Politik für alle Menschen ein und steht deshalb nach wie vor hinter der integrativen Schule. Unsere Lehrpersonen leisten enorm wichtige Arbeit und sind gleichzeitig immer wieder von Sparmassnahmen betroffen. Damit die Integration gelingt und Lehrpersonen mit herausfordernden Situationen nicht allein gelassen werden, braucht es mehr Ressourcen und nicht weniger. Nicht nur in der Schule und nicht nur in Zürich gibt es Tendenzen, auf aktuelle Herausforderungen zu reagieren, indem man sich die vermeintlich bessere Vergangenheit zurückwünscht. Der Vorschlag lautet zurück zu Förderklassen, was selten die richtige Richtung ist. Es handelt sich nicht um eine woke Diskussion. Aktuelle Forschungsergebnisse zeigen, dass Regelschüler\*innen durch die integrative Schule nicht gebremst werden. Eine separative Schulung kann jedoch Verhaltensprobleme verstärken. Stimmen Sie dem Postulat zu, damit Schulen in der Stadt Zürich unkompliziert Ressourcen für schnell umsetzbare, niederschwellige Angebote erhalten. Damit können Lehrpersonen entlastet werden, ohne dass Kinder und Jugendliche bei Herausforderungen vorschnell separiert werden müssen. Wir möchten eine Gesellschaft mit mehr Integration und weniger Ausgrenzung und Stigmatisierung. Das beginnt bei den Schulen.*

**Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP):** *Es werden mehrere Anträge behandelt, die aus Sicht der GLP stark mit der Diskussion zusammenhängen, wie die integrative Schulung von Schülerinnen und Schülern weitergehen soll. Wir alle wissen, dass die kantonale Förderklassen-Initiative eingereicht wurde. Diese wird auch von Vertreterinnen und Vertretern der GLP-Fraktion im Kantonsrat unterstützt. Ende Oktober 2024 wurde bekannt, dass der Regierungsrat das integrative Schulsystem mit einem Gegenvorschlag weiterentwickeln will. Das möchte er mit dem sogenannten Lernraum tun. Damit möchte er eine gesetzliche Grundlage schaffen, die es den Gemeinden ermöglichen soll, zusätzliche Lernräume oder Lerninseln zu schaffen. Dr. Balz Bürgisser (Grüne) sagte, er wolle nicht auf den Kanton warten, sondern die Infrastruktur jetzt ermöglichen. Aus Sicht der GLP muss die Debatte zuerst im Kantonsrat geführt werden. Wir sehen nicht ein, weshalb wir das bereits jetzt einfordern sollten. Deshalb lehnen wir die Anträge für Mehrausgaben ab. Das Postulat sehen wir als Weg, wie man die integrative Schulung weiterdenken oder weiterentwickeln könnte. Aber auch hier sind wir der Meinung, dass es sauber*



diskutiert werden sollte. Deshalb geht die GLP-Fraktion in die Enthaltung.

**Stefan Urech (SVP):** Die Grünen haben eine Vision, in der beim integrativen Schulsystem alles blumig und rosig aussieht. Die SP zitierte Forschungsergebnisse, dass die integrative Schule ein Erfolgsmodell sei. Fakt ist: Wir testen dieses System seit Jahren und Lehrer und Eltern sind unzufrieden. Die Lösung der Linken lautet wie immer mehr Personal. Wenn sie es zu Ende denken, haben sie am Schluss Privatunterricht für jedes Kind. Das ist weder Regel- noch Klassenunterricht. Sie sprechen von Lerninseln. Auch ich habe an der Schule eine Schulinsel und mache viel Gebrauch von ihr. Aber eigentlich handelt es sich dabei um die versteckte Wiedereinführung der Sonderklassen. Viele dieser Sonderschülerinnen und Sonderschüler verbringen die Mehrheit der Zeit in dieser Lerninsel und sitzen ab und zu in der Regelklasse. Die Lerninseln sind im integrativen System entstanden, weil dieses nicht funktioniert. Die SVP wünscht sich ein Schulsystem, in dem der Fokus nicht nur auf die lautesten und auffälligsten Schüler gelegt wird, sondern auch auf die unauffälligen, die zur Schule kommen, um zu lernen. Diese Schüler gehen oft vergessen, weil die Aufmerksamkeit und ein riesiger Teil der Ressourcen auf jenen Schülern liegt, die unruhig sind, stören und laut sind.

**Karin Weyermann (Die Mitte):** Die Fraktion Die Mitte/EVP unterstützt die Einrichtung weiterer pädagogischer Strukturen nicht und lehnt auch das Postulat ab. Es wurde bereits erwähnt, dass es die Förderklassen-Initiative gibt. Wir sind der Meinung, dass man diese Initiative abwarten sollte. Es kann nicht die Lösung sein, einem Problem immer mehr Geld hinterher zu werfen. Wir stehen im Grundsatz hinter der integrativen Schulung und sehen sehr viele Vorteile. Wir sehen im Moment aber ein Pendel, das zu stark in die andere Richtung ausgeschlagen hat und sich in der Mitte befinden müsste. Es gibt keine richtige und einfache Lösung. Wir werden weiter darüber diskutieren müssen, wie genau die integrative Schulung aussieht und welcher Weg der Beste ist. Einfach weiteres Geld in pädagogische Strukturen zu stecken, kann nicht der Weg sein.

**Sophie Blaser (AL):** Die Situation in Basel lässt sich nicht mit jener in Zürich vergleichen, auch wenn die Resultate aus Basel vielleicht passen. Die Initiative wird in Zürich von keinem Verband der Bildungslandschaft unterstützt. Weder der Verband der Schulleitungen (VSLZH), der Verband der Lehrpersonen (ZLV), der Verband der Zürcher Schulpräsidien (VSZ), der Verband der Fachleitung Sonderpädagogik (VFSopä), noch die kantonale Elternorganisation (KEO) oder der Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) finden den Vorschlag tauglich, um die aktuellen Probleme zu lösen. Einige der Verbände werden auch von Bürgerlichen präsiert. Die AL steht zur Integration und den Angeboten, die die Schulkreise entwickelt haben. Diese sind sehr individuell und auf Kinder ausgerichtet, die phasenweise mehr Unterstützung brauchen, als eine Regelklasse bieten kann. Diese Angebote sind niederschwellig und auf die Situation vor Ort und die Schulkreise angepasst. Aktuell ist es aber so, dass für diese Angebote oft Personal und Ressourcen zusammengekratzt werden müssen. Was sich bewährt hat, soll auch nachhaltig finanziert werden. Die Umsetzung liegt bei der ZSP und den Schul-



*kreisen. Diese wissen, was sie brauchen. Insofern handelt es sich um einen ausgewogenen und sinnvollen Antrag und einen wichtigen Beitrag zur integrativen Schule.*

S. 406	<b>50</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b>				
	<b>5010</b>	<b>Schulamt</b>				
	<b>3010 00 000</b>	<b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
<b>079.</b>	Antrag Stadtrat			318 187 600	Minderheit	Pärparim Avdili (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
			1 300 000	319 487 600	Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		Begründung:	Einrichten von pädagogischen Strukturen zur Stärkung der inklusiven Schule (gemäss Begleitpostulat)			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 080.

Wortmeldungen siehe Antrag 079.

S. 406	<b>50</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b>				
	<b>5010</b>	<b>Schulamt</b>				
	<b>3020 00 000</b>	<b>Löhne der Lehrpersonen</b>				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
<b>080.</b>	Antrag Stadtrat			102 035 500	Minderheit	Pärparim Avdili (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)



1 300 000 103 335 500 Mehrheit

Felix Moser (Grüne)  
Referat, Dr. Florian Blättler  
(SP), Leah Heuri (SP),  
Tanja Maag (AL), Florian  
Utz (SP), Barbara Wies-  
mann (SP)

Begründung: Einrichten von pädagogischen Strukturen zur Stärkung der inklusiven Schule (gemäss Begleitpostulat)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

---

**4095. 2024/540**

**Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Dr. Tamara Bosshardt (SP) und Sophie Blaser (AL) vom 27.11.2024:**

**Einrichtung pädagogischer Strukturen an den Volksschulen zur Stärkung der inklusiven Schule**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2024/421, Beschluss-Nr. 4074/2024, Antrag Nr. 079.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4003/2024).

Yasmine Bourgeois (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Das Postulat wird mit 63 gegen 42 Stimmen (bei 14 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



7 / 7

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat